

3216/AB XXI.GP

Eingelangt am: 18.02.2002

Bundesminister für Finanzen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3248/J vom 17. Dezember 2001 der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser und Kollegen, betreffend Nulldefizit und Werbeaufträge, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Eines der wichtigsten Ziele dieser Bundesregierung ist es, den Bundeshaushalt zu sanieren, um den notwendigen budgetären Spielraum für Forschungsausgaben, zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich, zur Senkung der Abgabenquote und vieles mehr zu erreichen.

Dieses Ziel eines "Nulldefizits" wurde nunmehr schon im Jahr 2001 Wirklichkeit. Man kam überein, diese Information in einer Art "Offener Brief in den Printmedien anstatt gängiger Werbeinserate zu veröffentlichen. Die Information hat auch berücksichtigt und gewürdigt, dass nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Ländern, Gemeinden und Bevölkerung das Nulldefizit vorzeitig erreicht werden konnte. Darüberhinaus wurde auch betont, dass das Nulldefizit durch weitere Spardisziplin abgesichert werden muss.

Ich möchte hier erwähnen, dass auch unter der Vorgängerregierung die Bevölkerung in diversen Inseratenserien über Vorhaben und Ergebnisse der Regierungsarbeit informiert

wurde. So liefen allein im Bereich des Finanzministeriums in den Jahren 1997 bis zum Jahresbeginn 2000 unter meinem Amtsvorgänger mehrere Inseratenserien zu den Themen Steuerreform und Familiensteuerreform, ebenso wurden beträchtliche Mittel für die Euro-

Informationskampagne sowie die Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse des Verwaltungsinnovationsprogramms der Bundesverwaltung aufgewendet.

Vor diesem Hintergrund möchte ich zu den einzelnen Fragen ergänzend ausführen:

Zu 1.:

Folgende Werbe- bzw. PR-Verträge und Anzeigenkampagnen wurden abgeschlossen:

a) Dr. Hochegger GmbH.; PR-Beratung und PR-mäßige Unterstützung des Bundesministeriums für Finanzen für das Jahr 2001: € 139.531,84-, für das Jahr 2002: € 139.800,00,--

b) Offener Brief der Bundesregierung betr. Nulldefizit:

Die Anzeigen erschienen in folgenden Zeitungen und Magazinen:

		€
Kurier Gesamtausgabe	11.11.2001	26.817,69
Neue Kronen Zeitung	11.11.2001	43.556,60
Oberösterreichische Nachrichten	10.11.2001	20.556,60
Tiroler Tageszeitungen	10.11.2001	61.366,08
Kleine Zeitung Gesamt	11.11.2001	50.186,45
Die Presse	10.11.2001	19.680,24
Salzburger Nachrichten	10.11.2001	14.149,65
Der Standard	10.11.2001	21.069,25
WirtschaftsBlatt	10.11.2001	9.924,60
Vorarlberger Nachrichten	10.11.2001	34.569,94
Profil	12.11.2001	12.510,00
Format	12.11.2001	11.863,65
Gesamt:		326.359,18

Die angegebenen Kosten sind Nettop gesamtkosten (zzgl. 20% Ust.) und beinhalten sämtliche Rabatte und 5% Werbeabgabe.

Dr. Hochegger GmbH: grafische Gestaltung, Layout, Produktions- und Drucküberwachung, Koordination, Organisation etc. für den Offenen Brief der Bundesregierung betreffend Nulldefizit: €18.243,79-.

Die Gesamtkosten (Inseratenschaltung + Agenturkosten) für den Offenen Brief der Bundesregierung betr. das Nulldefizit betragen: € 409.874,80- inkl. MwSt.

c) Folgende Inseratenkampagnen wurden im Rahmen des Bundesministeriums für Finanzen und der Euro-Initiative der Bundesregierung durchgeführt:

5 Inserate in der Kronen Zeitung (Thema Euro-ehrlich) am 5.11.01, 12.11.01, 19.11.01, 26.11.01 und 3.12.01; Gesamtkosten: € 91.567,80-.

3 Inserate im Magazin News zum Thema "Euro" in den Ausgaben 44/01 (2 Seiten), 45/01 (2 Seiten) und 01/02 (3 Seiten); Gesamtkosten: € 96.486,84-.

Inserat BM für Finanzen in Zusammenarbeit mit der österr. Bundesfinanzierungsagentur

1 Inserat in der Financial Times am 30.11.2001 betreffend Österreich (Regierung, Wirtschaftsdaten, Handelsergebnisse, Finanzmarkt, Osterweiterung, Stabilitätspakt, Steuerpolitik): Gesamtkosten € 59.010,34-.

Zum Vergleich möchte ich hier aber auch die Kosten anführen, die von meinem Amtsvorläger für Inserate und andere Informationskampagnen aufgewendet wurden:

Euro-Kampagne 1997-2000

	ATS	€
Ausgaben 1997: 1.934.647,20		26.621.326,00
Ausgaben 1998:	36.417.260,00	2.646.545,40
Ausgaben 1999	39.483.751,00	2.869.396,00
Ausgaben 2000	4.290.924,00	311.833,60
Gesamtausgaben 1997-2000:	106.813.261,00	7.762.422,20

Verwaltungsinnovationsprogramm der Bundesregierung

CIP - Corporate Identity Prihoda - Unterstützung der österreichischen Bundesregierung bei der Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse des Verwaltungsinnovationsprogramms der Bundesverwaltung	17.898.246,00	1.300.716,20
---	---------------	--------------

Zusätzlich wurden in den Jahren 1999 und 2000 mehrere Inseratenserien zu den Themen Steuerreform und Familiensteuer geschaltet, wobei folgende Kosten anfielen:

Inserate zur Steuerreform 2000

	ATS	€
Kronenzeitung (23. bis 27. Jänner 2000)		
Kosten Gesamt 2000	1.432.200,00	
104.082,03		
“Anadolu” türk. Zeitung - Inserat zum Folder	26.400,00	
1.918,56		
“Familienbesteuerung”		
News - 5 Inserate	262.600,80	19.083,94
Standard-4 Inserate	155.179,20	11.277,31
Tiroler Tageszeitung - 2 Inserate	148.898,88	10.820,90
Vorarlberger Nachrichten - 2 Inserate	126.653,44	9.204,26
Salzburger Nachrichten - 2 Inserate	113.724,00	8.264,65
Mediaprint - Kurier + Krone - 8 Inserate	983.910,57	71.503,57
Kleine Zeitung - 2 Inserate	304.527,60	22.130,88
Oberösterreichische Nachrichten - 2 Inserate	145.236,00	10.554,71
Niederösterreichische Nachrichten -1 Inserat	67.949,28	4.938,07
Neue Grazer -1 Inserat BM Edlinger	24.000,00	1.744,15
Standard-1 Inserat BM Edlinger zur Post- und Telekom-	16.473,60	
1.197,18		
beteiligungsverwaltungsgesmbH		
gesamt 1999	2.375.553,37	
172.638,19		

Das bedeutet, dass unter meinem Amtsvorgänger für Informations- bzw. Inseratenkampagnen 127.087.060 ATS bzw. 9.235.776,84 € aufgewendet worden sind.

Zu 2.:

Es wurden keine indirekten (Förderungen, Informationsaufträge etc.) Verträge im Sinne von Pkt. 1 abgeschlossen.

Zu 3.:

Ich werde nicht persönlich PR-mäßig beraten.

Zu 4. und 10.:

Die Aufträge bzw. Verträge im PR-Bereich weisen exakte inhaltliche Determinierungen auf, sodass es keine indirekten oder mir persönlich zuzurechnenden Leistungen in diesem Zusammenhang gibt.

Zu 5.:

Den genannten Aktivitäten liegen keine schriftlichen Verträge zugrunde. Eine Besichtigung des Stephansdomes mit anschließender Besteigung des Südturmes erfolgte im Rahmen der Aktion "Rettet den Stephansdom". Es war mir ein persönliches Anliegen, das einmalige kulturelle Erbe des Stephansdomes und dessen Gefährdung durch Umwelteinflüsse in einer besonderen Aktion erneut den Österreicherinnen und Österreichern bewusst zu machen, was auch ein entsprechendes mediales Echo gefunden hat. Dies alles im Dienste einer guten Sache: Nämlich, die Menschen daran zu erinnern, dass dieses vielleicht beeindruckendste Wahrzeichen unseres Landes dringend Hilfe benötigt.

Was meine Initiative für einen bundeseinheitlichen Tierschutz anbelangt, so sind die Motive für mein Engagement neben den notwendigen qualitativen Verbesserungen und einem höheren Rechtsschutz auch in der für jeden Finanzminister so wichtigen Kostenfrage zu finden. Durch eine einheitliche Regelung könnte der Verwaltungsaufwand dezimiert und so Ausgaben beträchtlich reduziert werden.

Zu 6.:

Wie ich bereits erwähnt habe, ist die derzeitige Kompetenzrechtslage im Tierschutz nicht mit einem schlanken Staat, Effizienz und einem optimalen Umgang mit Steuergeldern vereinbar.

Darüber hinaus ist es mir als Finanzminister möglich, auf europäischer Ebene Tierschutz respektive Tiertransporte auch aus haushaltsrelevanter Sicht zu thematisieren. In diesem Sinne hat der Haushaltsrat am 22. November 2001 auf meine Initiative hin eine gemeinsame Erklärung mit dem Europäischen Parlament abgegeben, die darauf abzielt, Missstände beim Transport von Lebendrindern durch eine strengere Handhabung der finanziellen Sanktionen abzustellen. Ich habe auch den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft schriftlich ersucht, auf die Abschaffung der Lebendrinder- Exporte hinzuwirken.

Zu 7.:

Bezüglich der Beantwortung dieser Frage verweise ich auf meine Ausführungen zu Punkt 1b.

Zu 8.:

Nach derzeitigem Stand sind keine weiteren Inserate und Anzeigenkampagnen geplant.

Zu 9.:

Für die Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist im Bundesvoranschlag 2002 ein Beitrag von € 690.827,97 vorgesehen.

Im Bundesministerium für Finanzen sind im Bereich Öffentlichkeitsarbeit insgesamt 11 Mitarbeiterinnen tätig, jedoch nicht im vollen Beschäftigungsmaß. Der durchschnittliche monatliche Bruttoaufwand einschließlich aliquoter Sonderzahlungen, Nebengebühren und Dienstgeberbeiträge beträgt für diese ca. 8 1/2 Vollbeschäftigte äquivalente rund €41.780,-.